

Antwort von Knut Fleckenstein (SPD)

1. In Wirtschaftskrisen verlieren Frauen oft als erste Ihre Arbeitsplätze. Ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, verbunden mit einer Deregulierung des privaten Sektors, der richtige Weg für eine starke Wirtschaft?

Unsere Wohlfahrtsstaaten hängen von der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ab. Soziale Dienstleistungen sind eine Form öffentlicher Dienstleistungen, die gleichzeitig allgemein und individuell bereitgestellt werden müssen. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen vor gewinnorientiertem Wettbewerb geschützt werden. Sie sollten als Anrecht der Öffentlichkeit und als Werkzeug angesehen werden, das den Boden für ein erfülltes Leben ebnet und zeigt, dass Gleichheit und Effizienz nur zwei Seiten derselben Medaille sind.

2. Besonders viele Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor, auch oft in Leiharbeitsverhältnissen. Sehen Sie die sog. Selbstheilungskräfte des Marktes als ausreichend an oder halten Sie einen europaweiten Mindestlohn für notwendig?

Wir kämpfen für gute Arbeit und gegen Sozialdumping. Deswegen wollen wir einen Europäischen Pakt für Mindestlöhne. In allen EU-Mitgliedsstaaten muss es existenzsichernde Mindestlöhne geben, von denen die Menschen vor Ort leben können.

3. Frauen haben in der Bildung nicht nur aufgeholt, sondern oft die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse. Im beruflichen Fortkommen spiegelt sich das aber nicht wider. Was wollen Sie in Europa für eine gerechte Besetzung auch höherer Positionen tun? Brauchen wir Quoten?

Ja, wir brauchen unbedingt Quoten in Europa. Europa war in der Vergangenheit ein wichtiger Motor für die Gleichstellung: Bereits 1957 wurde der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ in den Europäischen Verträgen verankert – doch ein Einkommensunterschied von 22 Prozent zwischen Frauen und Männern in Deutschland zeigt, dass wir von der tatsächlichen Gleichstellung noch meilenweit entfernt sind.

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen! Deshalb brauchen wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, mehr Frauen in Führungspositionen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen.

Wir Sozialdemokraten fordern eine Beseitigung des Einkommensunterschiedes (Gender Pay Gap) zwischen Männern und Frauen. Auch müssen wir mehr Frauen in Führungspositionen bringen – dazu bedarf es einer europaweit verbindlichen Geschlechterquote von 40 Prozent, und zwar nicht nur für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen, sondern für Vorstände und Aufsichtsräte aller in der EU registrierten Unternehmen. Ferner brauchen wir in Europa eine umfassende europäische Strategie, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen – wir wollen Frauen umfassend vor sexuellen Übergriffen schützen und effektive Maßnahmen gegen sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel ergreifen. Weiter fordern wir ein europäisches Programm zur Verbesserung der sexuellen und der reproduktiven Gesundheit von Frauen und den vollen Schutz der Selbstbestimmung von Frauen.

Die Zukunft Europas kann nur mit einer konsistenten Gleichstellungspolitik gelingen, denn ohne Gleichstellung wird es keinen nachhaltigen Fortschritt, keine soziale Gerechtigkeit in Europa geben. Am Internationalen Frauentag 2014 rufen wir auf zum Kampf für ein Europa, das wieder eine Vorreiterrolle in der Gleichstellungspolitik einnimmt. Dafür brauchen wir einen Kurswechsel in Europa – für Europa!

4. Meist kümmern sich Frauen darum, welche Nahrungsmittel und Konsumartikel ins Haus kommen, und sorgen sich um deren Qualität, die oft nicht leicht zu überprüfen ist. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Lebensmitteln und giftigen Gebrauchsgegenständen? Welche Regelungen halten Sie beim grenzüberschreitenden Güterverkehr für notwendig? Sollten die Inhalte von Handelsabkommen öffentlich zugänglich sein?

Das Freihandelsabkommen zwischen Europa und der USA kann viele Jobs schaffen. Trotzdem nehmen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Wir werden in den Verhandlungen darauf achten, dass keine Verbraucherschutz-, Sozial-, Umwelt- und Datenschutzstandards ausgehöhlt werden. Zudem müssen die Verhandlungen transparent und mit Bürgerbeteiligung geführt werden.

5. Als Klein- und Durchschnittsverdienerinnen tragen Frauen zum Steueraufkommen bei, oft sogar überproportional durch die Steuerklasse V. Großverdiener und Konzerne mindern oder vermeiden die Steuerzahlung im Inland völlig, obwohl hier die Gewinne erwirtschaftet wurden. Oft geschieht dies nicht einmal mit echter Wertschöpfung, sondern mit spekulativen Geldgeschäften, die nur wenigen Gewinne bringen, uns Steuern Zahlenden aber die Risiken auflasten. Welchen Regelungsbedarf sehen Sie? Brauchen wir eine Steuer auf Geldgeschäfte?

Wir wollen die Steuerschlupflöcher in Europa schließen und den Grundsatz einführen, dass das Land des Gewinns das Land der Steuern ist. Über einen einheitlichen Mindeststeuersatz für Unternehmen wollen wir zügig mit den Mitgliedsstaaten verhandeln.

Unternehmen, die ihren Sitz in Steueroasen haben, wollen wir von europäischen Ausschreibungen ausschließen. Außerdem muss die Finanztransaktionssteuer zügig eingeführt werden. Darüber hinaus wollen wir, dass Finanzinstitutionen, die sich systematisch an Steuerbetrug beteiligen, mit dem Entzug der Banklizenz rechnen müssen.

Antwort von Fabio de Masi (DIE LINKE)

1. In Wirtschaftskrisen verlieren Frauen oft als erste ihre Arbeitsplätze. Ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, verbunden mit einer Deregulierung des privaten Sektors, der richtige Weg für eine starke Wirtschaft?

Nein. Ich lehne die Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienste bzw. der Daseinsvorsorge ab und fordere eine diesbzgl. Reform des EU-Wettbewerbs und Beihilferechts. Das EU Wettbewerbsrecht kennt zwar den Schutz von Dienstleistungen von "allgemeinen wirtschaftlichen Interesse". Dieser Begriff ist aber - im Unterschied etwa zur kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland - sehr unbestimmt und die EU-Kommission versucht daher regelmäßig (wie bei der Konzessionsrichtlinie im Bereich der Wasserversorgung), den Zugriff privater Konzerne auf unsere öffentlichen Dienste und das kommunale Eigentum zu erleichtern. Die Erfahrungen mit Privatisierungen und Liberalisierungen sind im Übrigen überwiegend negativ, da im Bereich der Infrastruktur nur große marktbeherrschende Unternehmen "wettbewerbsfähig" sind: Dies führt zu höheren Preisen, schlechterer Qualität und niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards.

2. Besonders viele Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor, auch oft in Leiharbeitsverhältnissen. Sehen Sie die sog. Selbstheilungskräfte des Marktes als ausreichend an oder halten Sie einen europaweiten Mindestlohn für notwendig?

DIE LINKE kämpft für EU-weite Mindestlöhne in Höhe von 60 Prozent der Durchschnittslöhne. Arbeitsmärkte sind aufgrund der Marktmacht der Arbeitgeber eben keine freien Märkte. Leiharbeit wollen wir unattraktiv machen, etwa über eine Flexibilitätsprämie nach französischem Vorbild, die LeiharbeiterInnen von Beginn an den gleichen Lohn sowie einen Zuschlag gewährt. Damit würde die Leiharbeit auf ihren ursprünglichen Auftrag zum Abfangen von Auftragspitzen zurückgeführt und als Instrument zur Lohndrückerei unattraktiv. Mittelfristig streben wir das einmal in der BRD gültige Verbot der Leiharbeit an, um einen Anreiz für mehr Beschäftigung zu bieten. Wir wollen zudem den Missbrauch von Werkverträgen unterbinden und sachgrundlose Befristungen verbieten.

3. Frauen haben in der Bildung nicht nur aufgeholt, sondern oft die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse. Im beruflichen Fortkommen spiegelt sich das aber nicht wider. Was wollen Sie in Europa für eine gerechte Besetzung auch höherer Positionen tun? Brauchen wir Quoten?

Ja, leider brauchen wir Quoten. Zudem muss die kinderfreundliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verwirklicht werden. Wir brauchen eine hochwertige und flächendeckende Kinderbetreuung mit guten Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen sowie Ganztagschulen und die entsprechende Finanzierung durch eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Ich bedaure sehr, dass sich die Debatte um Gleichstellung - etwa bei SPD und Grünen - zunehmend auf die Frauenquote in Führungspositionen verengt. Denn die Agenda 2010 und die rot-grünen Arbeitsmarktreformen zur Ausweitung des Niedriglohnsektors haben insbesondere Frauen negativ betroffen.

4. Meist kümmern sich Frauen darum, welche Nahrungsmittel und Konsumartikel ins Haus kommen, und sorgen sich um deren Qualität, die oft nicht leicht zu überprüfen ist. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Lebensmitteln und giftigen Gebrauchsgegenständen? Welche Regelungen halten Sie bei grenzüberschreitendem Güterverkehr für notwendig? Sollten die Inhalte von Handelsabkommen öffentlich zugänglich sein?

Bzgl. der Handelsabkommen: Ja, Handelsabkommen sind keine privaten sondern völkerrechtliche Verträge und dürfen nicht den Lobbyisten überlassen werden. DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen mit den USA mit seinen negativen Auswirkungen auf Umwelt- und Verbraucherschutz, ArbeitnehmerInnenrechte und Demokratie sowie die Investor-Staat-Klage ab. Beim grenzüberschreitenden Güterverkehr muss es Importbeschränkungen für Produkte geben, die gewisse Mindestnormen im Bereich etwa der Lebensmittel- und Produktsicherheit nicht erfüllen. DIE LINKE kämpft hier unter anderem für hohe Mindeststandards, strenge Zulassungsverfahren sowie weitreichende Kennzeichnungspflichten sowie Verbandsklagerechte für Verbraucherschutzorganisationen.

5. Als Klein- und Durchschnittsverdienerinnen tragen Frauen zum Steueraufkommen bei, oft sogar überproportional durch die Steuerklasse V. Großverdiener und Konzerne mindern oder vermeiden die Steuerzahlung im Inland völlig, obwohl hier die Gewinne erwirtschaftet wurden. Oft geschieht dies nicht einmal mit echter Wertschöpfung, sondern mit spekulativen Geldgeschäften, die nur wenigen Gewinne bringen, uns Steuern Zahlenden aber die Risiken auflasten. Welchen Regelungsbedarf sehen Sie? Brauchen wir eine Steuer auf Geldgeschäfte?

Ja, wir bräuchten eine echte Finanztransaktionssteuer ohne großzügige Ausnahmen und Umgehungstatbestände etwa im Bereich der Derivate (abgeleitete Finanzinstrumente wie etwa Wetten auf Rohstoffpreise). Darüber hinaus müssen wir die Steueroasen auch innerhalb der EU austrocknen: Etwa über eine stärkere Besteuerung an der Quelle (um die Steuererminderung durch Gewinn- und Verlustverlagerungen zur Steuervermeidung zu erschweren) sowie eine Mindestbesteuerung von Konzernen. Letzteres erfordert eine Änderung der EU-Verträge. DIE LINKE hat auch deshalb die geltenden EU-Verträge abgelehnt. Die überproportionale Belastung von DurchschnittsverdienerInnen (Mittelstandsbauch) will die LINKE durch eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Millionen-Vermögen und hohen Erbschaften sowie von Konzernen beenden.

Antwort von Dr. Roland Heintze (CDU)

Zur Frage der Privatisierung und Deregulierung in der Wirtschaft:

Grundsätzlich stehe ich für die Prinzipien einer modernen sozialen Marktwirtschaft ein. Das heißt, dass die Dynamiken eines freien Marktes wie fairer Wettbewerb und Marktpreissetzung vorteilhaft für die gesamte Bevölkerung genutzt werden, „Systemfehler“ aber gezielt vom Staat korrigiert werden müssen. Das umfasst auch sozialpolitische Maßnahmen. Die Idee ist es, größtmöglichen Wohlstand bei bestmöglicher sozialer Absicherung zu erlangen. Der Staat greift aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein. Deregulierung kann dann oft bedeuten, dass Wirtschaftshindernisse abgebaut werden, um kommerziellen Austausch effektiver zu machen. Letzten Endes mit der Absicht auch Arbeitsplätze zu sichern und generellen Wohlstand zu erhalten. Dennoch darf ein solcher Abbau von Regulierungen nicht unsere hohen Standards im Bereich Verbraucherschutz, Datenschutz, Umwelt etc. untergraben. Soziale Schieflagen dürfen nie durch ein Festhalten an einen unkontrollierten Markt zur Norm werden. Auch im Hinblick auf bestimmte grundsätzliche Bereiche (Wasserversorgung) darf kein „Privatisierungswahn“ einhalten.

Zur Frage eines Europaweiten Mindestlohns:

Menschen müssen so viel verdienen, dass Sie davon leben können. Ehrliche Arbeit muss entsprechend entlohnt werden. Ich bin der Meinung, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eine Möglichkeit sein kann, das soziale Gefälle zu stoppen. Aber eins darf nicht vergessen werden. Erst müssen Menschen eine Arbeit finden bevor die Diskussion um einen Mindestlohn beginnt. Momentan haben wir in ganz Europa erschreckende Arbeitslosenzahlen, besonders unter Jugendlichen. Hier muss der erste Schritt gemacht werden. Dafür benötigen wie Unternehmen die sich gegen den internationalen Wettbewerb durchsetzen können. Eine unflexible statische Gestaltung eines Mindestlohns könnte hierfür kontraproduktiv sein. Des Weiteren darf nicht vergessen werden, dass in Europa große Unterschiede zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Lohnniveau herrschen. Das muss deutlich bei der Debatte um einen Mindestlohn berücksichtigt werden. Wir können keine universale Schablone auf alle Mitgliedsstaaten ansetzen. Zusätzlich muss beachtet werden, dass die Tarifpartner vor dem Staat die Handlungskompetenz erhalten, um sich entsprechend zu einigen.

Zur Frage einer Quote für weibliche Beschäftigte:

Eine Quote für weibliche Beschäftigte halte ich für nicht zielführende. Während wir oben von Deregulierung gesprochen haben, muss eine mögliche Überregulierung des Arbeitsmarktes ebenfalls kritisch beleuchtet werden. Die Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes ist ein wichtiger Bestandteil des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes. Ein Gesetz, das vorschreibt, nach welchen Kriterien Unternehmen ihre Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen auswählen limitiert besagte Arbeitgeber in ihrer nötigen Flexibilität. Was wir brauchen, ist vielmehr konkrete Förderung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sodass Eltern frei entscheiden können und nicht gezwungen sind, das Eine über das Andere zu setzen. Damit können wir eine echte Kultur- und Gedankenwechsel in Deutschland anregen, der unmittelbar eine höhere weibliche Beschäftigung zur Folge haben wird. Familiengründung wird kein Beschäftigungshindernis mehr darstellen. Außerdem müssen Frauen motiviert werden sich auf entsprechende Führungspositionen zu bewerben.

Zur Frage einer transparenten Ausgestaltung der Verhandlungen eines Freihandelsabkommens:

Hier gibt es von meiner Seite ein klares „Ja“. Wir brauchen mehr Transparenz in den Verhandlungen, mehr Informationsfluss zwischen den Institutionen (auch zwischen Brüssel und Berlin, als Beispiel) und mehr Aufklärung für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist erschreckend zu sehen, dass im Hinblick auf das Freihandelsabkommen mit den USA eine Debatte geführt wird, die sich weniger tatsächlicher Informationen bedient, sondern mehr panische Bilder skizziert. Es muss offen über TTIP gesprochen werden; über die negativen wie positiven Seiten eines möglichen Abkommens, aber immer sachlich und ohne Hysterie. Dafür beinhaltet eine vertiefte wirtschaftliche Relation mit unserem bedeutsamsten internationalen Partner zu viele Chancen. Dennoch darf es zu keinem Abfall unserer Standards kommen, sei es im Bereich Verbraucherschutz oder Umweltschutz, um nur einige Bereiche zu nennen.

Zur Frage einer Steuer für Geldgeschäfte:

Die CDU befürwortet eine europaweite Finanztransaktionsteuer. Finanzgeschäfte sollen – so wie andere Dienstleistungen auch – einer wirksamen Besteuerung unterliegen. Bei der Ausgestaltung der Steuer muss vermieden werden, dass Anleger an andere Finanzplätze ausweichen. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden. Bei der Umsetzung ist wichtig, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.

Antwort von Jan Philipp Albrecht, (Bündnis 90/ Die Grünen)

1. In Wirtschaftskrisen verlieren Frauen oft als erste ihre Arbeitsplätze. Ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, verbunden mit einer Deregulierung des privaten Sektors, der richtige Weg für eine starke Wirtschaft?

Die Wirtschaftskrise hat in vielen Mitgliedstaaten weite Teile der Bevölkerung erfasst. Die Wirtschaftskrise erreichte in einer ersten Welle zwar den männlich dominierten Finanzsektor sowie die Bau- und Automobilindustrie. Die zweite Welle jedoch hat das überwiegend von Frauen dominierte Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Tourismusgewerbe gleichermaßen negativ getroffen, so dass Frauen fast überall mit einer unverhältnismäßig hohen Belastung zu kämpfen haben. Sie sind nicht nur weitaus stärker von Personalkürzungen betroffen, sondern auch Mehrbelastungen ausgesetzt, zum Beispiel weil öffentliche Mittel für Betreuungseinrichtungen gekürzt werden. Gleichzeitig sind Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt oder befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Denn häufig haben Privatisierungen mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit. Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.

2. Besonders viele Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor, auch oft in Leiharbeitsverhältnissen. Sehen Sie die sog. Selbstheilungskräfte des Marktes als ausreichend an oder halten Sie einen europaweiten Mindestlohn für notwendig?

Wir GRÜNE begrüßen, dass die Europäische Kommission unsere langjährige Forderung nach Mindestlöhnen in jedem EU-Mitgliedstaat nun aufgreift. Das bedeutet keinen einheitlichen Mindestlohn in der ganzen EU, aber einen garantierten Mindestlohn in allen EU-Staaten anhand von Kriterien, auf die sich innerhalb der EU verständigt werden muss.

3. Frauen haben in der Bildung nicht nur aufgeholt, sondern oft die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse. Im beruflichen Fortkommen spiegelt sich das aber nicht wider. Was wollen Sie in Europa für eine gerechte Besetzung auch höherer Positionen tun? Brauchen wir Quoten?

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen ist überfällig. Voraussetzung dafür ist neben einer finanziellen Gleichstellung auch eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der EU für eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen, in dem mindestens 40% der nicht geschäftsführenden Direktoren bzw. Aufsichtsratsmitglieder bis 2020 dem unterrepräsentierten Geschlecht angehören müssen, bis 2018 bei öffentlichen Unternehmen. 60% der Hochschulabsolventen sind heute weiblich, trotzdem ist die Mehrheit der Führungspositionen von Unternehmen in der EU von Männern belegt. Frauen besetzen durchschnittlich nur 17,8 % der Sitze in den höchsten Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen in der EU. Eine Quote ist unerlässlich, denn wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird erst in 40 Jahren eine Parität erreicht.

Aber auch für die Führungsgremien der EU-Institutionen – wie z. B. der Europäischen Zentralbank – muss eine paritätische Besetzung verpflichtend werden. Parteien und nationale Regierungen sollen

Maßnahmen für die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ergreifen, wie z. B. die Einführung paritätischer Wahllisten für die Europawahl. Nach wie vor sind Frauen in den Führungspositionen der Ausschüsse und Fraktionen noch unterrepräsentiert. Auch der Anteil von Frauen in der Europäischen Kommission bei einem Drittel stagniert und noch nie hat eine Frau den Vorsitz der Kommission geführt hat. Seit Jahren bereits fordern die GRÜNEN die EU-Mitgliedstaaten auf, sich für Parität in der EU Kommission einzusetzen, indem sie eine Frau und einen Mann als ihre Kandidaten für das Amt eines Mitglieds der EU Kommission vorschlagen. Konsequenz daher, dass die GRÜNEN für die Wahl zum EU Kommissionpräsidenten dieses Prinzip bereits praktizieren und eine Doppelspitze präsentiert haben.

4. Meist kümmern sich Frauen darum, welche Nahrungsmittel und Konsumartikel ins Haus kommen, und sorgen sich um deren Qualität, die oft nicht leicht zu überprüfen ist. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Lebensmitteln und giftigen Gebrauchsgegenständen? Welche Regelungen halten Sie bei grenzüberschreitendem Güterverkehr für notwendig? Sollten die Inhalte von Handelsabkommen öffentlich zugänglich sein?

Qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel aus nachhaltigem Anbau sowie Gebrauchsgegenstände, die frei sind von giftigen Schadstoffen sind, sind erste Priorität für die GRÜNEN. Keine andere Fraktion im Europäischen Parlament setzt sich so energisch für den Schutz der Verbraucher und Verbraucherinnen vor schädlichen Lebensmitteln und giftigen Gebrauchsgegenständen ein wie die GRÜNEN.

Bei grenzüberschreitendem Güterverkehr ist es wichtig sicherzustellen, dass Importprodukte den Anforderungen an EU-Produkte erfüllen. Zudem ist es sehr wichtig zu kontrollieren, dass die Güter auch tatsächlich Güter sind, und nicht Abfälle, um illegale Abfallexporte zu verhindern, denn allzu häufig werden Abfälle falsch als Güter deklariert.

Wir setzen uns vehement für die Transparenz der Inhalte der Handelsabkommen während der Verhandlungen ein. Die Inhalte müssen öffentlich zugänglich sein, damit eine informierte Debatte darüber stattfinden kann.

In den derzeit hinter verschlossenen Türen stattfindenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) versuchen die Unterhändler der USA das Vorsorgeprinzip der EU in Frage zu stellen. Dabei stehen sich zwei sehr unterschiedliche Ansätze beim Verbraucherschutz gegenüber: Die EU hat zum Beispiel den Einsatz von Sexualhormonen in der Fleischproduktion verboten, weil damit die Tiere zu besonders starkem Wachstum und Gewichtszunahmen gezwungen werden. In den USA sind solche Hormone zugelassen mit dem Argument, dass beim Menschen bisher keine gesundheitlichen Schäden nachgewiesen werden konnten. Ähnlich verhält es sich bei dem Verbot von GVO in der EU. Verbraucherschutz ist von daher in der EU erheblich weitergefasst als in den USA, weil auch ethische und Tierschutzfragen einbezogen sind.

In den Freihandelsverhandlungen bestehen die USA auf "sound science", also dem Nachweis von gesundheitsschädlichen Wirkungen bestimmter Substanzen, was oft nicht möglich ist. Vor allem auch deshalb weil die wissenschaftlichen Nachweisverfahren unter Einfluss der Firmen stattfinden die diese Substanzen selbst herstellen. Wir GRÜNE verteidigen den vorsorgenden Verbraucherschutz und wollen bei Importen sichergestellt haben, dass die gleichen Vorsorge Maßnahmen in den exportierenden Drittländern angewandt werden.

5. Als Klein- und Durchschnittsverdienerinnen tragen Frauen zum Steueraufkommen bei, oft sogar überproportional durch die Steuerklasse V. Großverdiener und Konzerne mindern oder vermeiden die Steuerzahlung im Inland völlig, obwohl hier die Gewinne erwirtschaftet wurden. Oft geschieht dies nicht einmal mit echter Wertschöpfung, sondern mit spekulativen Geldgeschäften, die nur wenigen Gewinne bringen, uns Steuern Zahlenden aber die Risiken auflasten. Welchen Regelungsbedarf sehen Sie? Brauchen wir eine Steuer auf Geldgeschäfte?

Für uns GRÜNE war und ist der Kampf für Steuergerechtigkeit eine Priorität. Dazu gehört natürlich, dass große Firmen, die über künstliche Kapitaltransfers ihren Steuerbeitrag kleinrechnen können, endlich wieder einen fairen Beitrag leisten müssen. Es gibt Firmen die effektiv einen Steuersatz von nahe 0 oder gar 0 haben. Wir setzten uns mittelfristig für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern ein, die dem Unternehmensteuerdumping ein Ende setzten würde. Aber auch bei kurzfristigen Lösungen wie der Reform der jetzigen Unternehmenssteuergesetzgebung setzen wir uns sehr aktiv für das Stopfen der Schlupflöcher ein. Zudem fordern wir, und bei Banken waren wir damit erfolgreich, eine echte länderspezifische Steuertransparenzpflicht für Großunternehmen. Auch unserer Arbeit im Europäischen Parlament ist es zu verdanken, dass die Europäische Kommission endlich einen Vorschlag für eine Finanztransaktionsteuer vorgelegt hat, die vor allem spekulative Geschäfte treffen würde. Nur kommen leider die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung nicht voran.

Antwort von Gesine Meißner (FDP)

Frage 1: In Wirtschaftskrisen verlieren Frauen oft als erste ihre Arbeitsplätze. Ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, verbunden mit einer Deregulierung des privaten Sektors, der richtige Weg für eine starke Wirtschaft?

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, weshalb die öffentliche Hand nur dann tätig werden sollte, wenn der freie Markt nicht die gewünschten Ergebnisse erbringt. Es muss also den Verbraucher(innen) durch Marktversagen ein Nachteil entstehen. Ein gutes Beispiel ist die schrittweise Privatisierung des Telekommunikationssektors. Diese führte zu mehr Wettbewerb durch neue Anbieter und damit zu niedrigeren Preisen für die Verbraucher(innen). Das hat den Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt. Gleichzeitig wurde die Versorgung geringbevölkerter Regionen gewährleistet, in dem die privatisierten Anbieter gesetzlich verpflichtet wurden, auch diese Gebiete zu bedienen. Es kommt letztlich also auf optimale gesetzliche Rahmenbedingungen an, damit eine Privatisierung zum Nutzen aller und damit zum Erfolg wird.

Frage 2: Besonders viele Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor, auch oft in Leiharbeitsverhältnissen. Sehen Sie die sog. Selbstheilungskräfte des Marktes als ausreichend an oder halten Sie einen europaweiten Mindestlohn für notwendig?

Die FDP steht für faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen und ist daher ein Befürworter des Modells der Tarifverhandlungen der Sozialpartner. Obwohl Tarifverhandlungen und die Lohnsystemgestaltung Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten sind, werden wir uns als FDP für faire Arbeitsrahmenbedingungen auf EU-Ebene einsetzen.

3. Frauen haben in der Bildung nicht nur aufgeholt, sondern oft die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse. Im beruflichen Fortkommen spiegelt sich das aber nicht wider. Was wollen Sie in Europa für eine gerechte Besetzung auch höherer Positionen tun? Brauchen wir Quoten?

Ich setze mich für die zeitweise Einführung einer gesetzlichen Quote ein bis Frauen auf allen Ebenen zum beruflichen Alltag gehören. Es kann nicht sein, dass Frauen, die oft die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse haben, immer noch auf Führungsebene unterrepräsentiert sind. Allerdings ist für mich die Quantität und Qualität der Leistung ebenso entscheidend.

Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den bevorstehenden Fachkräftemangel ist die Förderung von Frauen ein besonders wichtiges Element. Eine Ursache dafür, dass Frauen immer noch unterrepräsentiert sind, ist die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch hier will ich mich klar für flexiblere Arbeitszeiten, gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten und leichtere Rückkehroptionen in den Job einsetzen. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf können wir übrigens viel von anderen europäischen Ländern, insbesondere von Skandinavien lernen: sie haben bessere und flexiblere Lösungen, mehr Frauen in Beruf und Führungspositionen, ein geringeres "pay gap" und eine höhere Geburtenrate.

4. Meist kümmern sich Frauen darum, welche Nahrungsmittel und Konsumartikel ins Haus kommen, und sorgen sich um deren Qualität, die oft nicht leicht zu überprüfen ist. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Lebensmitteln und giftigen Gebrauchsgegenständen? Welche Regelungen halten Sie bei grenzüberschreitendem Güterverkehr für notwendig? Sollten die Inhalte von Handelsabkommen öffentlich zugänglich sein?

Der Schutz vor schädlichen Lebensmitteln und Gegenständen hat für die FDP oberste Priorität, v.a. die Kontrolle der Einhaltung bestehender Standards und Gesetze ist wichtig. Bei neuen Freihandelsabkommen werden wir uns dafür einsetzen, dass die in Europa geltenden Verbraucherschutzstandards nicht abgesenkt oder unterlaufen werden.

Grundsätzlich müssen alle Produkte, die auf den europäischen Markt kommen, die geltenden EU-Vorschriften erfüllen. Das heißt, sie müssen die gleichen hohen Sicherheits- und Qualitätsstandards erfüllen wie unsere einheimischen Produkte. Vergangenes Jahr haben wir im Europaparlament verbesserte Kontrollen von Importen im Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie beschlossen. Die Verordnung zur "Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden" ermöglicht es, an den EU-Außengrenzen effektiver gegen gefälschte Produkte vorzugehen, die nicht nur Markenrechte verletzen, sondern oft für die Verbraucher(innen) gefährlich sind, weil sie nicht unter Einhaltung der europäischen Standards hergestellt wurden (z.B. gefälschte Parfüms, Spielzeug oder PKW-Bremssysteme).

Ja, die Inhalte von Handelsabkommen sollten vor ihrer endgültigen Verabschiedung für jeden Bürger und jede Bürgerin zugänglich sein. Während des Verhandlungsprozesses ist es für den Fortgang der Verhandlungen nicht immer hilfreich, jedes Detail, das besprochen wird, zu veröffentlichen. Gleichzeitig ist Transparenz zu Themen, die die Bürger(innen) im alltäglichen Leben betreffen, sehr wichtig und hilft, keine falschen Gerüchte aufkommen zu lassen. Zudem ist eine demokratische Kontrolle durch das Europaparlament gewährleistet, ohne dessen Zustimmung kein EU-Handelsabkommen beschlossen werden kann.

5. Als Klein- und Durchschnittsverdienerinnen tragen Frauen zum Steueraufkommen bei, oft sogar überproportional durch die Steuerklasse V. Großverdiener und Konzerne mindern oder vermeiden die Steuerzahlung im Inland völlig, obwohl hier die Gewinne erwirtschaftet wurden. Oft geschieht dies nicht einmal mit echter Wertschöpfung, sondern mit spekulativen Geldgeschäften, die nur wenigen Gewinne bringen, uns Steuern Zahlenden aber die Risiken auflasten. Welchen Regelungsbedarf sehen Sie? Brauchen wir eine Steuer auf Geldgeschäfte?

Wir sind gegen neue Steuern. Darüber hinaus ist der ursprüngliche Ansatz der Kommission einer globalen oder europaweiten Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTT) politisch gescheitert. Die geplante Einführung nur in vereinzelten Mitgliedstaaten im Wege der verstärkten Zusammenarbeit würde zu Wettbewerbsverzerrungen, Verlagerungen von Finanzgeschäften und nur zu einem kleinen Steueraufkommen führen. Zudem droht die FTT die private Altersvorsorge der Bevölkerung zu belasten und würde zu signifikanten Mehrbelastungen für die Verbraucher führen.